NAHER OSTEN/NORDAFRIKA 15.04.2025 | Aaron David Miller & Steven Simon

Neuer Hegemon in Nahost

Israel hat nach den Anschlägen seine Macht in der Region ausgebaut. Doch ohne politische Abkommen wird die militärische Dominanz nicht von Dauer sein.

Israels Reaktion auf die Terroranschläge der Hamas vom 7. Oktober 2023 hat das Machtgefüge im Nahen Osten in einem Ausmaß verändert, wie es seit dem arabisch-israelischen Krieg von 1967 nicht mehr der Fall gewesen war. Es ist an der Zeit anzuerkennen, dass Israel inzwischen als Hegemon der Region auftritt.

Mit der Unterstützung der Vereinigten Staaten, ihrer arabischen Vertragspartner und wichtiger Golfstaaten haben die Israelis den Ring des Widerstands von Hamas und Hisbollah durchbrochen, die Verletzlichkeit und Schwäche von deren Schutzpatron in Teheran offengelegt und gleichzeitig Irans Luftabwehr und Raketenproduktion geschwächt. Israel hat seine Besetzung syrischen Territoriums ausgeweitet, Gebiete im Süden Libanons unter Kontrolle gebracht und in der Westbank Maßnahmen ergriffen, wie sie seit dem Ende der zweiten Intifada vor 20 Jahren nicht mehr gesehen wurden.

Israel profitiert von der Schwäche der umliegenden Staaten – ähnlich wie zuvor der Iran, der bis vor Kurzem noch als regionale Vormacht auftrat. Im Libanon lähmen innerstaatliche Rivalitäten die Politik, während Syriens neue Regierung mit massiven wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen kämpft. Der Irak wiederum kann trotz seiner Ölvorkommen die Bedürfnisse seiner großen Bevölkerung kaum erfüllen und ringt mit den gegensätzlichen Ansprüchen seiner beiden Vormächte Washington und Teheran.

Sollte die Trump-Regierung, sofern sie Frieden zwischen Israel und den Palästinensern tatsächlich weiterhin als Priorität betrachtet, etwas bewirken wollen, würde es ihr schwerfallen, Israel davon zu überzeugen, seine neue militärische Überlegenheit in nachhaltige politische Abkommen mit den arabischen Nachbarn sowie den Palästinensern zu überführen. Solche Abkommen lassen sich nicht schnell auf der Rückseite eines Bierdeckels festhalten. Präsident Trump und sein Team müssten Zeit und Einsatz investieren, arabische Partnerstaaten und die

Palästinenser zu eigenen Zugeständnissen bewegen und vor allem Premierminister Benjamin Netanjahu zu Konzessionen drängen. Dessen jüngster Besuch in Washington lässt allerdings vermuten, dass Trump dafür noch nicht bereit ist.

Der israelische Regierungschef und seine rechtsradikale Koalition zeigen wenig Neigung zu Verhandlungen, insbesondere weil die Trump-Regierung Israels Vorgehen in Gaza, im Westjordanland, im Libanon und in Syrien bislang kaum eingeschränkt hat. Netanjahu steht derzeit wegen mehrerer Anklagepunkte vor Gericht. Ein Urteil kann er nur verhindern, solange er im Amt bleibt. Seine Macht wird er daher kaum riskieren.

In Israel gibt es kaum innenpolitischen Druck, den Kurs zu ändern.

In Israel gibt es kaum innenpolitischen Druck, den Kurs zu ändern. Die jüngsten Militäreinsätze in Gaza riefen selbst bei der politischen Linken kaum spürbaren Unmut hervor, obwohl eine Mehrheit der Israelis sich eine Fortsetzung des Waffenstillstands wünscht. Gleichzeitig schreiten die Vorbereitungen zur Annexion großer Teile des Westjordanlands rasch voran. Selten waren die Aussichten auf Verhandlungen über eine Zwei-Staaten-Lösung so schlecht.

In Gaza erscheinen Gespräche über eine sinnvolle Strategie für den „Tag danach“ – zur Förderung von Sicherheit, effektiver Regierungsführung und Wiederaufbau –, wie sie von Ex-US-Außenminister Antony Blinken skizziert wurde, zunehmend unrealistisch. Zwar kann Israel die Hamas als Idee nicht „auslöschen“, aber es könnte sie irrelevant machen, indem es eine Alternative bietet. Netanjahu, der darauf bedacht ist, rechtsgerichtete Mitglieder seiner Regierung nicht zu verprellen, hat die einzige plausible Alternative jedoch vom Tisch genommen, indem er eine Rolle für die Palästinensische Autonomiebehörde ablehnt und große Teile des Gazastreifens erneut besetzen ließ. Abgesehen von Trumps vager Vision, Gaza in eine „Riviera“ zu verwandeln, zeigt seine Regierung kaum Interesse am Schicksal des Küstenstreifens, sobald der Krieg vorbei ist.

Im Libanon hingegen sind die Aussichten für einen sinnvollen US-Beitrag zum regionalen Frieden etwas günstiger. Israels massiver Schlag gegen die Hisbollah, der daraus resultierende Waffenstillstand, die Bildung einer technokratischen Regierung in Beirut sowie die Einigung über die Seegrenze zwischen Israel und Libanon haben die Grundlage für Grenzverhandlungen und den Aufbau einer schlagkräftigen libanesischen

Armee im umkämpften Süden geschaffen. Zwei Projekte, die die Trump-Regierung vorantreiben könnte – mit konkretem und nachhaltigem Nutzen. Eine gestärkte libanesische Armee, die den Süden des Landes kontrollieren und eine Rückkehr der Hisbollah verhindern kann, würde den Waffenstillstand festigen. Das wiederum könnte zu einer Grenzvereinbarung und möglicherweise zu einer stillschweigenden libanesischen Anerkennung Israels führen.

Syrien hingegen ist ein weitaus komplexeres Problem – doch Trump zeigt bislang wenig Interesse daran. Die Situation im Land bezeichnete er als „Chaos". Die Frage für Washington lautet: Ist ein geeintes Syrien unter einer funktionierenden Regierung – im Sinne der Terrorismusbekämpfung und der Vernichtung chemischer Waffen – vorteilhafter für die US-Interessen als ein territorial zersplittertes Land, das von ausländischen Akteuren mit widersprüchlichen Zielen durchzogen ist? Die USA schätzen Stabilität, weil sie Interventionen unwahrscheinlicher macht und den Menschen im Land zugutekommt. Israel hingegen bevorzugt ein schwaches, geteiltes Syrien und hat bereits begonnen, dort Militärbasen zu errichten. Washington sollte Israel dazu bewegen, mit Damaskus zusammenzuarbeiten, um die Sicherheitsbedenken Israels auszuräumen, damit sich die israelischen Streitkräfte zurückziehen können.

Vielleicht mehr als jedem anderen Präsidenten in den letzten 50 Jahren eröffnen sich Donald Trump derzeit außenpolitische Chancen im Nahen Osten.

Entscheidend ist, dass die US-Regierung auslotet, ob der Iran zu einem Abkommen bereit ist, das den Erwerb von Atomwaffen auf absehbare Zeit verhindert. Ein solches Abkommen wird wahrscheinlich nicht so umfassend sein wie das von Trump 2015 aufgekündigte, denn der Iran hat seither Fortschritte bei der Urananreicherung erzielt. Doch es könnte die Zeit verlängern, die Teheran für die Herstellung einer Atombombe benötigt, etwa durch die Vernichtung angereicherten Urans und durch die Einführung strenger Kontrollen. Hindernisse sind Netanjahus ständiges Drängen auf militärische Optionen sowie Trumps eigene Impulsivität. Immerhin: Die am Samstag begonnenen Gespräche mit dem Iran geben Anlass zu vorsichtigem Optimismus.

Diese diplomatischen Bemühungen könnten durch ein trilaterales Abkommen zwischen Israel, Saudi-Arabien und den USA gestützt werden – mit der Normalisierung der saudisch-israelischen Beziehungen,

einer begrenzten US-Sicherheitsgarantie für Riad und einem von den USA kontrollierten Urananreicherungsprogramm, das eine militärische Nutzung ausschließt. Im Gegenzug würden die Saudis den chinesischen Militäreinfluss am Golf blockieren und Israel, das ein Abkommen mit Saudi-Arabien anstrebt, zu mehr Flexibilität im Hinblick auf palästinensische Eigenstaatlichkeit und den Wiederaufbau Gazas drängen. Ein solches Ergebnis wäre ein bedeutender außenpolitischer Erfolg. Am Sonntag erklärte US-EnergieministerChris Wright, dass Saudi-Arabien und die Vereinigten Staaten Fortschritte bei einem Abkommen über die Entwicklung einer „zivilen Nuklearindustrie“ gemacht hätten, die nicht militärisch nutzbar sei.

Vielleicht mehr als jedem anderen Präsidenten in den letzten 50 Jahren eröffnen sich Donald Trump derzeit außenpolitische Chancen im Nahen Osten, einer Region, in der amerikanische Friedensideen bisher meist gescheitert sind. Um sie nutzen zu können, bräuchte es jedoch Qualitäten, die Trump bisher kaum an den Tag gelegt hat: Fokus, Ausdauer und den Willen, alle Beteiligten – insbesondere Netanjahu – unter Druck zu setzen.

Israels neue Hegemonie hat eine temporäre Stabilität geschaffen. Doch sie wird nicht von Dauer sein, wenn es dem Land nicht gelingt, seine militärische Dominanz in tragfähige Abkommen mit seinen palästinensischen und arabischen Nachbarn zu überführen, die auf einem Interessensausgleich beruhen. Andernfalls drohen bald neue Konfrontationen, Gewalt und Terror.

© *The New York Times*



Aaron David Miller

Dr. Aaron David Miller ist US-amerikanischer Nahost-Experte, Autor und CNN-Analyst. Zudem ist er *Senior Fellow* am *Carnegie Endowment for International Peace*. Zuvor war er Vizepräsident für neue Initiativen am *Woodrow Wilson International Center for Scholars* und Berater von US-Außenministern.



Steven Simon

Steven Simon ist ehemaliger leitender Direktor des *United States National Security Council* für den Nahen Osten und Nordafrika. Zuvor war er außerdem tätig als *Executive Director IISS-US* und *Corresponding Director IISS-Middle East* sowie als *Senior Fellow* am *Middle East Institute* in Washington, D.C.